

Aachener Zeitung vom 28.11.2013, S. 10

Düsseldorfer OB ruft zur Demo während der Arbeit auf

SPD-Fraktion der Landeshauptstadt ist sauer und schaltet Bezirksregierung ein. Landtag stimmt für umstrittenen „Kommunal-Soli“.

VON WILFRIED GOEBELS

Düsseldorf. Trillerpfeifen, Martinshörner, wütende Protestler: Mehr als 300 Mitarbeiter von NRW-Kommunen haben gestern vor dem Landtag gegen den geplanten Stärkungspakt Stadtfinanzen demonstriert. Während die Abgeordneten im Plenarsaal die umstrit-

tene Zwangsabgabe der 59 steuerstarken Gemeinden an 27 „arme“ Kommunen in namentlicher Abstimmung beschlossen, drohten die Zahlerstädte dem Land mit Verfassungsklage. „Machen Sie Ihre Hausaufgaben selbst, Frau Kraft!“, mahnten Demonstranten aus Monheim. Auch nachdem Innenminister Ralf Jäger (SPD) die

Zwangsabgabe halbiert hat, soll die rheinische Kleinstadt bis 2022 jährlich 23,5 Millionen Euro in den Solidar-Topf einzahlen. Da kocht die Seele.

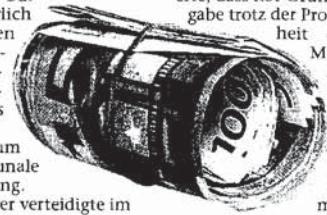
Mit insgesamt 182 Millionen Euro im Jahr sollten die 59 „Reichen“ den 27 „Armen“ ursprünglich ab 2014 im zweiten Teil des Solidarpakts aus der Schuldenfalle helfen. Nach Jägers Rückzieher übernimmt das Land 71 Millionen – weitere 20 Millionen Euro sollen den Kommunen vorgestreckt werden. 91 Millionen Euro müssen die Kommunen aber selbst aufbringen. Düsseldorfs Oberbürgermeister Dirk Elbers, dessen Stadt 14 Millionen Euro pro Jahr zahlen soll, warnte die Regierungschefin davor, die kommunale Familie gegeneinander auszuspielen. Elbers hatte seine Mitarbeiter zur Teilnahme an der Demo aufgerufen: Das sorgte bei der SPD für böses Blut, weil Elbers per Intranet eine

rechtlich zweifelhafte „Anrechnung auf die Arbeitszeit“ versprochen hatte. Dagegen schaltete die SPD-Ratsfraktion die Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde ein.

„Finanzieller Massencrash“

Der Bürgermeister der Gemeinde Burbach, Christoph Ewers, hielt es für unzumutbar, dass kleine Kommunen „die Mittel schultern sollen, um die großen Ruhrgebietsstädte aus den Schulden zu bringen“. Allein Burbach soll jährlich 3,1 Millionen Euro Soli zahlen. Klaus Müller, SPD-Bürgermeister aus Plettenberg, fürchtete gar um die kommunale Selbstverwaltung. Minister Jäger verteidigte im

Landtag den Eigenbeitrag der steuerstarken Kommunen damit, dass das Land mit insgesamt vier Milliarden Euro zwei Drittel der Stärkungspaktmittel übernimmt. „Wir überfordern niemanden“, sagte er. Deshalb habe NRW die Lasten der steuerstarken Kommunen halbiert. Jäger will erreichen, dass bis 2022 alle Stärkungspaktkommunen in NRW wieder aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt erwirtschaften. CDU-Kommunalexperte Andre Kuper bedauerte, dass Rot-Grün die Zwangsabgabe trotz der Proteste per Mehrheit durchpeitsche. Mit einer Gesamtbelastung von 780 Millionen Euro bis 2022 drohe „ein finanzieller Massencrash der Kommunen“.



Rot-Grün verabschiedet Nachtragshaushalt 2013

Der NRW-Landtag hat gestern den Nachtragshaushalt für das zu Ende gehende Jahr 2013 verabschiedet. Er war nötig geworden, weil es auf Ausgaben- und Einnahmenseite gegenüber dem im März verabschiedeten Etat mehrere Veränderungen gab – etwa höhere Bundeszuweisungen und Mittel aus dem Länderfinanzausgleich für NRW. Das von Rot-Grün beschlossene Nachtragshaushaltsgesetz umfasst leicht gestie-

gene Gesamtausgaben von 60,4 Milliarden Euro. Die Kreditaufnahme sinkt im Vergleich zur ursprünglichen Kalkulation um 37,5 Millionen auf 3,35 Milliarden Euro.

Die CDU kritisierte zu hohe Schulden. Das setze sich auch im Etatentwurf für 2014 und in der Finanzplanung für die kommenden Jahre fort. FDP und Piraten lehnten den Haushalt ebenfalls ab. (dpa)

Bild vom 28.11.2013, S. 4

Demo gegen Kommunal-Soli

Düsseldorf/Essen – auf den sogenannten Trillerpfeifen-Konzert vor dem Landtag: 400 Demonstranten Landesregierung machten gestern Luft. Innenminister morgen ihrer Wut Ralf Jäger (52, SPD)

bittet ab 2014 als wohlhabend eingestufte 59 NRW-Kommunen mit 91 Millionen Euro zur Kasse. Das Geld

geht an 27 Notleidende Kommunen, wie z.B. das hoch verschuldete Essen. Das Gesetz dazu wurde am 27. Notabend mit rot-grüner Mehrheit verabschiedet. Jäger erklärte, keine Kommune werde überfordert.

Kölnische Rundschau vom 28.11.2013, S. 1

Soli: Protest der Kommunen

Demonstration vor dem Düsseldorfer Parlament

Landtag verabschiedet umstrittene Regelung

DÜSSELDORF. Der nordrhein-westfälische Landtag hat trotz heftiger Proteste den umstrittenen „Kommunal-Soli“ verabschiedet. Die Regierungsfraktionen von SPD und Grünen stimmten gestern am späten Abend nach hitziger Debatte für die Regelung, nach der finanzstärkere Kommunen von 2014 bis

2022 jährlich 91 Millionen Euro für arme Städte und Gemeinden aufbringen müssen. Rund 400 Vertreter der Gebirgskommunen hatten zuvor lautstark vor dem Düsseldorfer Parlament protestiert.

„Dem Soli bieten wir Paroli“ war auf Plakaten zu lesen. Feuerweh sirenen, Pauken und Trompeten unterstützten

die Protesttrübe wie „Soli weg, hat kein Zweck“. Zu der Aktion hatten die 59 Kommunen aufgerufen, die zahlen sollen. Monheim und Düsseldorf gehören zu den Haupteinzahlern und haben eine Klage angekündigt. Monheim muss im kommenden Jahr 23,5 Millionen, Düsseldorf 13,3 Millionen Euro zahlen. **Politik S. 5**

Kölnische Rundschau vom 28.11.2013, S. 5

Wut über die Zwangsabgabe

Demonstration gegen den „Kommunal-Soli“ vor dem Landtag

Von WILFRIED GOEBELS

DÜSSELDORF. Trillerpfeifen, Martinshörner, wütende Protestler – mehr als 300 Mitarbeiter von NRW-Kommunen demonstrierten gestern vor dem Landtag gegen den geplanten Stärkungspakt Stadtfinanzen. Während die Abgeordneten im Plenarsaal die Zwangsabgabe der 59 steuerstarken Gemeinden an 27 „arme“ Kommunen in namentlicher Abstimmung beschlossen, drohten die Zahlerstädte dem Land mit Verfassungsklage. „Machen Sie Ihre Hausaufgaben selbst, Frau Kraft!“, mahnten Demonstranten aus Monheim. Auch nachdem Innenminister Ralf Jäger (SPD) die Zwangsabgabe halbiert hat, soll die rheinische Kleinstadt bis 2022 jährlich 23,5 Millionen Euro in den Solidar-Topf einzahlen. Da kocht die Seele.

Mit insgesamt 182 Millionen Euro im Jahr sollten die 59 „Reichen“ den 27 „Armen“ ursprünglich ab 2014 im zweiten Teil des Solidarpakts aus der Schuldenfalle helfen. Nach Jägers Rückzieher übernimmt das Land 71 Millionen – weitere 20 Millionen Euro sollen den Kommunen vorgestreckt werden. 91 Millionen Euro müssen die Kommunen aber selbst aufbringen. Düsseldorfs Oberbürgermeister Dirk Elbers, dessen Stadt 14 Millionen Euro pro Jahr zahlen soll, warnte die Regierungschefin davor, die Kommunen gegeneinander auszuspielen. Elbers hatte seine Mitarbeiter zur Teilnahme an der Demo aufgerufen: Das sorgte in der SPD für böses Blut, weil Elbers per Internet eine rechtlich zweifel-

hafte „Anrechnung auf die Arbeitszeit“ versprochen hatte. Dagegen schaltete die SPD-Ratsfraktion die Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde ein. Der Bürgermeister der Siegerländer Gemeinde Burbach, Christoph Ewers, hielt es für unzumutbar, dass kleine Kommunen „die Mittel schultern sollen, um die großen Ruhrgebietsstädte aus den Schulden zu bringen“. Allein Burbach soll jährlich 3,1 Millionen Euro Soli zahlen. Klaus Müller, SPD-Bürgermeister aus Plettenberg, fürchtete gar um die kommunale Selbstverwaltung. Ein Plakat wies auf die drohenden Folgen des Kommunal-Soli: „Plettenberg = Schuldenberg“.

Minister Jäger verteidigte den Eigenbeitrag der steuer-

starken Kommunen damit, dass das Land mit insgesamt vier Milliarden Euro zwei Drittel der Stärkungspaktmittel übernimmt. „Wir überfordern niemanden“, sagte Jäger im Landtag. Deshalb ha-

be NRW die Lasten der steuerstarken Kommunen halbiert. Jäger will erreichen, dass bis 2022 alle Stärkungspaktkommunen in NRW wieder aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt erwirtschaften. CDU-Kommunalexperte Andre Kuper bedauerte, dass Rot-Grün die Zwangsabgabe trotz der Proteste per Mehrheit durchpeitsche. Mit einer Gesamtbelastung von 780 Millionen Euro bis 2022 drohe „ein finanzieller Massencrash der Kommunen“.

Westfalenpost vom 28.11.2013, S. 3

In der Arbeitszeit zur Demonstration

300 Mitarbeiter von NRW-Kommunen protestieren vor dem Landtag

Von Wilfried Goebels

Düsseldorf. Trillerpfeifen, Martinshörner, wütende Protestler - mehr als 300 Mitarbeiter von NRW-Kommunen demonstrierten vor dem Landtag gegen den geplanten Stärkungspakt Stadtfinanzen. Während die Abgeordneten im Plenarsaal die umstrittene Zwangsabgabe der 59 steuerstarken Gemeinden an 27 „arme“ Kommunen in namentlicher Abstimmung beschlossen, drohten die Zahlerstädte dem Land mit Verfassungsklage. „Machen Sie Ihre Hausaufgaben selbst, Frau Kraft!“, mahnten Demonstranten aus Monheim. Auch nachdem Innenminister Ralf Jäger (SPD) die Zwangsabgabe halbiert hat, soll die rheinische Kleinstadt bis 2022 jährlich 23,5 Millionen Euro in den Solidar-Topf ein-

zahlen. Da kocht die Seele.

Mit insgesamt 182 Millionen Euro im Jahr sollten die 59 „Reichen“ den 27 „Armen“ ursprünglich ab 2014 im zweiten Teil des Solidarpakts aus der Schuldenfalle helfen. Nach Jägers Rückzieher übernimmt das Land 71 Millionen – weitere 20 Millionen Euro sollen den Kommunen vorgestreckt werden. 91 Millionen Euro müssen die Kommunen aber selbst aufbringen. Düsseldorfs Oberbürgermeister Dirk Elbers, dessen Kommune 14 Millionen Euro zahlen soll pro Jahr, warnte die Regierungschefin davor, die kommunale Familie gegeneinander auszuspielen. Elbers hatte seine Mitarbeiter zur Teilnahme an der Demo aufgerufen: Das sorgte in der SPD für böses

Blut, weil Elbers per Intranet eine rechtlich zweifelhafte „Anrechnung auf die Arbeitszeit“ versprochen hatte. Dagegen schaltete die SPD-Ratsfraktion die Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde ein.

Der Bürgermeister der Siegerländer Gemeinde Burbach, Christoph Ewers, hielt es für unzumutbar, dass kleine Kommunen „die Mittel schultern sollen, um die großen Ruhrgebietsstädte aus den Schulden zu bringen“. Allein Burbach soll jährlich 3,1 Millionen Euro Soli zahlen. Klaus Müller, SPD-Bürgermeister aus Plettenberg, fürchtete gar um die kommunale Selbstverwaltung. Ein Plakat wies auf die drohenden Folgen des Kommunal-Soli: „Plettenberg = Schuldenberg“.

Minister Jäger verteidigte den Eigenbeitrag der steuerstarken Kommunen damit, dass das Land mit insgesamt vier Milliarden Euro zwei Drittel der Stärkungspaktmittel übernimmt. „Wir überfordern niemanden“, sagte Jäger im Landtag. Deshalb habe NRW die Lasten der steuerstarken Kommunen halbiert. Jäger will erreichen, dass bis 2022 alle Stärkungspaktkommunen in NRW wieder aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt erwirtschaften. CDU-Kommunalexperte Andre Kuper bedauerte, dass Rot-Grün die Zwangsabgabe trotz der Proteste per Mehrheit durchpeitscht. Mit einer Gesamtbelastung von 780 Millionen Euro bis 2022 drohe „ein finanzieller Massencrash der Kommunen“.